

Niederschrift

über die 15. Sitzung / 16. WP der Gemeindevertretung am Donnerstag, den 20.12.2012.

Sitzungsort: Bürgerhof Katzenfurt
Sitzungsdauer: 18.04 Uhr – 20.26 Uhr

Anwesend sind:

a) die Mitglieder der Gemeindevertretung:

1. Dr. Rauber, David -Vorsitzender-
2. Bell, Rainer
3. Bell, Tobias
4. Clößner, Wolfgang
5. Gohl, Timotheus
6. Gombert, Daniel
7. Herbel, Burkhard
8. Jakob, Dirk
9. Rumpf, Ulrich
10. van Moll, Winfried
11. Wild, Oliver
12. Arch, Stefan
13. Groß, Klaus
14. Henrich, Erhard
15. Hohn, Hans-Ulrich
16. Koch, Sebastian
17. Mock, Gabriele
18. Rau, Petra
19. Dr. Rauber, Kirsten
20. Stopperka, Karin
21. Ullrich, Dieter
22. Gröf, Timo
23. Kunz, Hans-Jürgen
24. Schlagbaum, Willibald anwesend ab 18.09 Uhr
25. Schmidt, Gerhard
26. Schweitzer, Martin
27. Rill, Berthold

b) die Mitglieder des Gemeindevorstandes:

1. Bürgermeister Jürgen Mock
2. Erster Beigeordneter Karl-Heinz Eckhardt
3. Beigeordneter Ulrich Diehl
4. Beigeordneter Bernd Heddrich
5. Beigeordneter Joachim Keiner
6. Beigeordneter Karl-Heinz Naumann
7. Beigeordneter Werner Neu

c) der Schriftführer:

Daniel Rumpf

d) von der Gemeindeverwaltung:

Amt 10, Daniel Regel
Amt 20, Lars Messerschmidt

1. Eröffnung und Begrüßung

Der Vorsitzende eröffnet die Sitzung, begrüßt die anwesenden Gemeindevertreter/innen, die Mitglieder des Gemeindevorstandes, den Vertreter der Wetzlarer Neuen Zeitung, Herrn Rühl, sowie die zahlreich erschienenen Zuhörer/innen.

2. Feststellung der Beschlussfähigkeit und der Tagesordnung

Der Vorsitzende stellt die Beschlussfähigkeit der Gemeindevertretung fest.

3. Mitteilungen und Anfragen

3.1 Mitteilungen

Vorsitzender Rauber teilt mit, dass die Termine der Gemeindevertretung für die Sitzungsperiode 2013 mit der Verwaltung abgestimmt worden seien. Eine entsprechende Liste liegt dieser Niederschrift bei.

Weiter weist er erneut darauf hin, dass nach der Novellierung der Hess. Gemeindeordnung (HGO) sowohl Einladungen als auch Niederschriften der Gemeindevertretung in elektronischer Form versandt werden können. Bislang sei diese Möglichkeit von den Gemeindevertretern nur in geringem Umfang in Anspruch genommen worden. Bei Interesse sei es auch weiterhin jederzeit durch kurze Mitteilung an das Hauptamt der Gemeinde möglich, die Unterlagen auf diesem Wege zu erhalten.

Aus gegebener Veranlassung weist der Vorsitzende darauf hin, dass in den Ausschüssen der Gemeindevertretung bereits entsprechend der gesetzlichen Intention Vertreter der Fraktionen in repräsentativem Umfang vertreten seien. Es sei daher nicht zweckdienlich, darüber hinaus noch weitere Gemeindevertreter in diese Sitzungen zu entsenden, um über die zu behandelnden Themen zu beraten. Dies behindere den Sitzungsablauf und laufe der HGO zuwider. Es sei parlamentarische Praxis in der Fraktion eine gemeinsame Linie zu finden und deren Vertretung dann den Ausschussmitgliedern anheim zu stellen.

Bürgermeister Mock teilt mit, dass ...

- a) ... es in Bezug auf die Umrüstung auf LED-Straßenbeleuchtung folgenden neuen Sachstand zu vermelden gebe. Die Gemeinde Ehringshausen habe von der „Energieeffizienz Aktiv Mitgestalten gGmbH“ (EAM) eine Zuwendung von 22.190,- € und vom Bundesumweltministerium eine Förderung von 88.058,57 € erhalten. Dies entspreche 40% der zuwendungsfähigen Kosten. Insgesamt habe man also rund 110.000,- € erhalten. Gesamtkosten von circa 300.000,- € seien hierfür angefallen. Die Differenz erkläre sich durch nicht förderungsfähige Arbeiten, wie z.B. den Tausch von Masten.
- b) ... sich die Steuerungsgruppe zur Dorferneuerung konstituiert habe. Laut Leidfaden solle dieses Gremium primär aus den Ortsvorstehern/-innen der betreffenden Ortsteile bestehen. Diesem Aufruf sei auch sehr rege gefolgt worden. Bürgermeister Mock fragt im Sinne der Wahrung einer breiten politischen Repräsentanz an, ob noch weitere Vertreter entsandt werden sollen. Bei Interesse sei dies problemlos möglich.
- c) ... der Haushalt 2013 des Lahn-Dill-Kreises der Gemeinde Ehringshausen zur Stellungnahme vorliege. Für die Gemeinde wichtige Posten seien darin zunächst die Straßensanierung der K64 (Daubhäuser Straße, Ortsdurchfahrt

Katzenfurt) in Kooperation mit der Kommune, da im Zuge dessen auch eine Erneuerung der Wasserleitung umgesetzt werde. Diese Maßnahme sei dort mit 145.000,- € veranschlagt. Weiter sei die zweite Rate des Zuschusses für die neue Turnhalle mit 125.000,- € enthalten. Dritter Posten sei die energetische Sanierung bzw. die Verbesserung des Brandschutzes der Johannes-Gutenberg-Schule mit 2,1 Mio. €.

- d) ... am 27.11.2012 im Rathaus ein Gespräch mit der IHK Lahn-Dill stattgefunden habe. Die IHK habe sich hiernach für den konstruktiven Dialog bedankt und den Willen zur Aufrechterhaltung der Zusammenarbeit bekundet.
- e) ... am 15.11.2012 eine unvermutete Kassenprüfung durch die Abteilung für Revision und Vergabe des LDK stattgefunden habe. Diese Prüfung habe keinerlei Beanstandungen ergeben.
- f) ... es in Bezug auf die neue Turnhalle folgenden Sachstand zu vermelden gebe. Am 01.02.2013 um 11.00 Uhr finde die Einweihung der Halle statt. Eine entsprechende Einladung erfolge allerdings selbstverständlich noch gesondert. Der Stand der Arbeiten befände sich vollauf im Zeitplan und lasse daher keine Verzögerungen erwarten.
Er ruft im Folgenden dazu auf, sich Gedanken zur Namensgebung der neuen Halle zu machen und Vorschläge zu unterbreiten. Im Hinblick auf das vorhandene Haverhill-Bad und das Roquemaure-Stadion sei sein Vorschlag die Benennung als „Neustadt-Turnhalle“.
- g) ... zum Thema Radwege- und Beschilderungskonzept des LDK folgendes mitgeteilt werden könne. Der Geopark Westerwald-Lahn-Taunus, dem auch der gesamte LDK und der Naturpark Lahn-Dill-Bergland angehörten, sei kürzlich in Berlin als nationaler Geopark anerkannt worden. Im Rahmen der Angebotsentwicklung seien auch thematisch passende Radrouten entwickelt worden. Die Kennzeichnung von „Montanrouten“ und „Marmorrouten“ im Kreisgebiet mit Routenlogo, sei gemeinsam mit der Nachbeschilderung des Dilltal- und Aartalsee-Radweges erfolgt. Für die touristische Vermarktung über die Geopark-Geschäftsstelle in Braunfels entstünden den Kommunen hierzu keine Kosten. Mit diesen Projekten sei man dem gemeinsamen Ziel, die Radwege im LDK für Touristen und Alltagsverkehr attraktiver zu gestalten und zu erhalten, wieder ein Stück näher gekommen.

3.2 Anfragen

- a) Gemeindevertreter Rainer Bell bittet darum, dass bei bestimmten Dingen in der Verwaltung mehr Präzision Platz greifen solle. Er habe dafür drei Beispiele. Das erste sei, dass er in der vorletzten Gemeindevertreterversammlung öffentlich darum gebeten habe, die immer wieder erwähnte Prioritätenliste dem nächsten Protokoll beizufügen. Dieser Antrag sei weder im Protokoll als Antrag vermerkt worden, noch habe er bisher jemals eine solche Prioritätenliste gesehen. Daher frage er erneut: „Wann bekommen wir die? Oder wenn wir die nicht bekommen sollen, bitte ich um Begründung, warum wir die nicht bekommen.“ Zweiter Punkt sei, dass in einem der früheren Protokolle zu lesen gewesen sei, dass der Gemeindevertreter Bell irgendwas gesagt habe. Dies sei schön, dass das zitiert werde. Aber von der Sorte gäbe es zwei. Also sei bitte schön bei der Protokollierung der Vorname mit zu erwähnen. Das gelte sowohl für den, der das Protokoll schreibe als auch für den, der es unterzeichne. Dritter Punkt sei die erschienene und bei Vollaufgabe des Gemeindeblättchens auch bereits verteilte Informationsbroschüre der Gemeinde Ehringshausen. In der dort enthaltenen Aufstellung der aktiven Gemeindevertreter, sei seine Person nun

gänzlich vergessen worden. Daher beantrage er, dass dies in „angemessener Weise korrigiert und auch publiziert werde“. Angemessen erscheine hierbei aus seiner Sicht ein Neudruck. Wenn der Herausgeber bzw. die Redaktion aus Kostengründen eine andere angemessene Veröffentlichung finde, sei er auch damit einverstanden. Dabei überlasse er es allen zu überlegen, was als angemessen zu gelten habe.

Gemeindevertreter Rainer Bell bekräftigt seinen Antrag, dass besagte Liste der Gemeindevertretung zur Kenntnis gebracht werden solle. Diese werde ja sicher kontinuierlich aktualisiert und solle zu einem gewissen Status der Gemeindevertretung nun zur Kenntnis gebracht werden.

Bürgermeister Mock entgegnet, dass dem Gemeindevorstand die „Prioritätenliste zur Umsetzung von Straßen- und Wegemaßnahmen in 2012“ jüngst vorgelegen habe. Er sagt zu, die Prioritätenliste dem nächsten Protokoll beizulegen. Diese solle enthalten, was bereits in 2012 umgesetzt sei und was noch als offen zu gelten habe.

Bürgermeister Mock entschuldigt sich für das völlige Fehlen des Gemeindevertreters Rainer Bell in der erschienenen Informationsbroschüre. Er gibt an, dass in der dem Verlag gelieferten Textversion die Aufstellung allerdings noch vollständig war. Im Zuge der redaktionellen Bearbeitung müsse dieser Fehler dann entstanden sein. Er kündigt weiter an, dass zeitnah ein Einlegeblatt herausgegeben werde, das eine Richtigstellung dieses und einiger weiterer Fehler enthalten werde. Eine komplette Neuauflage sei aus seiner Sicht nicht angemessen.

- b) Gemeindevertreter Jakob fragt an, wie die derzeitige Lage in Bezug auf die Platzbelegung in den kommunalen Kindertagesstätten sei. Er habe von verschiedener Seite gehört, dass es Schwierigkeiten gebe einen Platz zu bekommen und dass „ellenlange Wartelisten“ bestünden.

Bürgermeister Mock bestätigt, dass dies korrekt sei und die Einrichtungen eigentlich voll belegt seien. Anspruch sei nach wie vor, allen Kindern über drei Jahren einen Platz anbieten zu können. Jedoch sei es bereits jetzt hier und da Usus mit den Eltern eine Wartezeit bis zum neuen Kindergartenjahr zu vereinbaren. Bislang sei dies auch stets problemlos möglich gewesen und niemand habe sich genötigt gesehen Klage einzureichen.

- c) Gemeindevertreter Gombert fragt nach dem aktuellen Sachstand betreffend das Blockheizkraftwerk (BHKW) des Haverhill-Bades.

Bürgermeister Mock gibt an, dass die Submission hierzu am Morgen (20.12.2012) stattgefunden habe. Die Zahlen seien allerdings noch nicht ausgewertet und vorliegend.

4. **Satzung über die Erhebung einer Steuer auf Spielapparate und auf das Spielen um Geld oder Sachwerte im Gebiet der Gemeinde Ehringhausen**

Auf die Verwaltungsvorlage vom 05.12.012 wird verwiesen.

Der Haupt- und Finanzausschuss empfiehlt der Gemeindevertretung den Beschluss.

Beschluss:

Die Gemeindevertretung beschließt den vorliegenden Entwurf der Satzung über die Erhebung einer Steuer auf Spielapparate und auf das Spielen um Geld- oder Sachwerte im Gebiet der Gemeinde Ehringhausen.

Gleichzeitig tritt die Satzung der Gemeinde Ehringshausen über die Erhebung einer Steuer auf Spielapparate und auf das Spielen um Geld oder Sachwerte vom 08.07.2010 außer Kraft.

Abstimmung: 26 Ja-Stimmen, 1 Nein-Stimme

5. **Hebesatzung der Gemeinde Ehringshausen ab dem 01.01.2013**

Auf die Verwaltungsvorlage vom 05.12.2012 wird verwiesen.

Gemeindevertreter Jakob erklärt, dass die CDU-Fraktion sich gegen die vorliegende Erhöhung der Hebesätze ausspreche. Es sei zu bedenken, dass die Gewerbetreibenden dann durch einen erhöhten Gewerbesteuersatz, durch einen erhöhten Grundsteuersatz und in 2014 durch die gesplittete Abwassergebühr zusätzlich belastet würden. Weiter sei an anderer Stelle Sparpotenzial auszumachen und dieser Weg daher vermeidbar. Eine solche Handlungsweise verschlechtere das Standortklima für bereits ansässige Betriebe wie auch für Interessenten für eine Ansiedlung in der Gemeinde. Im Gespräch mit der IHK Lahn-Dill sei auch über eine Untersuchung der Standortfaktoren für Gewerbetreibende gesprochen worden. Die in Ehringshausen befragten Unternehmen sehen demnach „eine hohe Unzufriedenheit und einen hohen Handlungsdruck im Hinblick auf Unternehmerfreundlichkeit und den Service der Kommunalverwaltung“. Es sei anzustreben ein so lautendes Votum zukünftig zu verhindern. Weiter hätte es geschicktere Wege gegeben eine Gewerbesteuererhöhung zu planen und zu kommunizieren. Gerade das direkte Gespräch mit den Unternehmern hätte hier gesucht werden müssen. Die Vertreter der IHK hätten das Instrument des Unternehmenssponsorings ausdrücklich als sinnvolle Alternative herausgestellt. Dies habe den Vorteil, dass solches oft von den Unternehmen steuerlich abgesetzt werden könne und es sei so garantiert, dass die Mittel in voller Höhe direkt vor Ort zum Tragen kämen. Dies sei mit dem Modell Gewerbesteuer bekanntermaßen mit Nichten der Fall.

Gemeindevertreter Gröf wirbt namens der FWG-Fraktion um Zustimmung zur angedachten Hebesatzerhöhung. Die Erhöhung im Bereich Grundsteuer A lasse Mehreinnahmen von rund 2.000 €, die Erhöhung im Bereich Grundsteuer B von circa 80.000 € erwarten. Zwei Kindergärten würden errichtet, eine Turnhalle gebaut, erhebliche Investitionen für die Wehren in Katzenfurt und Daubhausen getätigt und umfangreiche Arbeiten am Kanalnetz durchgeführt. Daher sei vor dem Hintergrund dieser Investitionen Verständnis für eine maßvolle Anhebung der Grundsteuerhebesätze bei der Bevölkerung zu erwarten. Für die Erhöhung von 320 v.H. auf 350 v.H. im Bereich Gewerbesteuer kalkuliere man mit Mehreinnahmen von 200.000,- €. Mit dem neuen Wert befände man sich auf einem Level mit Mittenaar sowie Solms und noch unter dem Wert von Aßlar. Daher entferne man sich keineswegs vom Kreisdurchschnitt und könne die Erhöhung als moderat und angemessen einstufen. Der Landesrechnungshof habe in seinem jüngst erfolgten Prüfungsbericht die Gemeinden in Hessen darauf hingewiesen, dass „das größte Potenzial zur Kontrollierung des Haushaltes auf der Einnahmenseite bestehe“. Genau das werde nun umgesetzt. In Anbetracht der beträchtlichen Gewinne der Unternehmen im Jahr 2012 komme die Erhöhung seiner Meinung nach sogar zu spät. Das Steuerniveau stelle natürlich einen Standortfaktor dar, jedoch sei dies keineswegs der entscheidende. Die Infrastruktur, Straßen, schnelles Internet, Familienfreundlichkeit, Schulen und Kindergärten und das Vorhandensein von Fachkräften seien wesentlich gravierender.

Gemeindevertreter Rill macht auf die geringe Resonanz der Unternehmer in Ehringshausen aufmerksam, am anberaumten IHK-Gespräch teilzunehmen. Hieraus

sei herauszulesen, dass eine Erhöhung im vorliegenden moderaten Maße durchaus als zumutbar angesehen werde. Er habe im Dialog deutlich gemacht, dass die Unternehmer in Ehringshausen im Gegenzug den Mehrwert neuer Kindergärten und einer U3-Betreuung bekämen. In der Vergangenheit habe es von seiner Person bereits den Vorschlag gegeben an die Firmen heranzutreten und um eine finanzielle Unterstützung der Kindergärten zu ersuchen. IHK-Wunsch sei es damals gewesen eine Stiftung zu gründen, um eine steuerliche Berücksichtigung zu gewährleisten. Gescheitert sei dies dann am Desinteresse aller anderen Fraktionen.

Gemeindevertreter Henrich macht darauf aufmerksam, dass man wissen müsse, dass bei den „normalen Gewerbetreibenden“ eine Erhöhung der Gewerbesteuer bei der Einkommenssteuer abzugsfähig sei. Nur bei wenigen Großbetrieben in Ehringshausen, wie Kapitalgesellschaften, sei diese gesetzliche Handhabe nicht anwendbar. Daher stelle die maßvolle Erhöhung auf 350 v.H. „beileibe keinen Beinbruch für Ehringshausen“ dar.

Bürgermeister Mock räumt ein, dass man im Vorfeld des IHK-Gesprächs den Dialog mit den Gewerbetreibenden hätte suchen können. Mit den zwei größten Betrieben Ehringshausens sei jedoch im Nachgang gesprochen worden und dort habe man die auf dem Tisch liegende Erhöhung nicht als „großes Diskussionsthema“ bewertet. Dort würden andere Aspekte als viel wichtiger eingestuft, wie z.B. die Energiekosten. Zur Ehrlichkeit gehöre dazu, dass die erhobene Befragung der IHK ebenso zu dem Ergebnis gekommen sei, dass die Gewerbetreibenden sich insgesamt in Ehringshausen wohlfühlten. Dieselbe Ehrlichkeit gebiete es zu erläutern wo nach Ablehnung des Vorliegenden die benötigten Finanzmittel alternativ „herkommen sollten“. Vorschläge im „Promillebereich“ seien dabei wenig hilfreich.

Gemeindevertreter Jakob nimmt Bezug auf die Ausführungen des Gemeindevertreters Henrich und erläutert, dass das Gewerbesteueraufkommen in Ehringshausen ja gerade größtenteils von Kapitalgesellschaften komme.

Der Haupt- und Finanzausschuss empfiehlt der Gemeindevertretung den Beschluss.

Beschluss:

Die Gemeindevertretung beschließt den vorliegenden Entwurf der Hebesatzsatzung der Gemeinde Ehringshausen ab dem 01.01.2013.

Abstimmung: 16 Ja-Stimmen, 10 Nein-Stimmen, 1 Enthaltung

6. **Öffentlich-rechtliche Vereinbarung und Vertrag mit dem Lahn-Dill-Kreis / Eigenbetrieb AWLD über die Abfallentsorgung**

Auf die Verwaltungsvorlage vom 05.12.2012 wird verwiesen.

Der Haupt- und Finanzausschuss empfiehlt der Gemeindevertretung den Beschluss.

Beschluss:

Die Gemeindevertretung beschließt, dem Abschluss der öffentlich-rechtlichen Änderungsvereinbarung (Anlage 1) und dem öffentlich-rechtlichen Vertrag (Anlage 2) mit dem Lahn-Dill-Kreis über die Abfallentsorgung im Gebiet der Gemeinde Ehringshausen zuzustimmen.

Abstimmung: einstimmig

7. Situation Kindergarten Katzenfurt; weitere Vorgehensweise

Auf die Tischvorlage zum Thema, die ebenfalls den Beratungen in den Ausschüssen zugrunde lag, wird verwiesen.

Bürgermeister Mock bedankt sich für die Zustimmung und konstruktive Arbeit in den Ausschüssen, die für Katzenfurt endlich die optimale Lösung realisierbar werden lasse.

Gemeindevertreter Gohl bekundet die Zustimmung der CDU-Fraktion zum vorliegenden Beschluss. Es sei sehr zu begrüßen, dass endlich eine Phase der aktiven Umsetzung für das Projekt beginnen könne. Weniger positiv zu bewerten sei die lange Planungs- und Prüfungszeit. Der entsprechende Prüfauftrag seiner Fraktion läge nun einmal seit rund anderthalb Jahren auf dem Tisch. Die Abwendung einer „Containerlösung“ sei ebenso erfreulich. Dies erspare der Gemeinde Kosten und vor allen Dingen den Kindern und dem Personal zusätzliche Belastungen. Aus dem Blick dürften bei diesem Projekt jedoch keinesfalls die Folgekosten von nahe 110.000 € im Jahr geraten. Dies bedinge zukünftig das Betreiben einer „soliden Haushaltspolitik“. Kern dessen müsse zum einen Sparen sein und zum anderen das Wohlüberlegtsein bei Ausgaben. Abschließend richtet er einen Appell an Bürgermeister und Verwaltung den Kostenrahmen von 1,5 Mio. einzuhalten. Dank richtet er an die anderen Fraktionen, die gemeinsam mit der CDU für dieses Projekt „an einem Strang gezogen“ hätten.

Gemeindevertreter Koch begrüßt namentlich der SPD-Fraktion ebenso die vorliegende Entscheidung. Der Neubau auf gemeindeeigenem Grund spare Gelder ein und minimiere die Notwendigkeit von Zwischenlösungen enorm. Geschuldet sei dies dem aktiven Einsatz des Bürgermeisters, dem dafür Dank gebühre.

Gemeindevertreter Rill nimmt Bezug auf den gesetzten Kostenrahmen von 1,5 Mio. € und erklärt, dass eine „Kostenschätzung nicht greifbar“ sei. Gemäß der Honorarordnung für Architekten und Ingenieure (HOAI) sei der Architekt in der Lage 30% auf die geschätzten Kosten, ergo bis konkret 1,9 Mio. €, aufzuschlagen. Daher sei es sehr zu begrüßen, dass man sich geeinigt habe die Baukosten auf 1,5 Mio. € zu deckeln. Weiter sei ebenso beschlossen worden eine Architektenvereinbarung zu schließen, wonach das Honorar fix nach den Baukosten von 1,5 Mio. € veranschlagt werde. Weitere Bitte seinerseits sei es, dies dadurch zu untermauern, dass bei Überschreitung kein zusätzliches Honorar gewährt werden solle. Somit habe man einen deutlichen Anreiz gesetzt die Kosten eher zu unter- denn zu überschreiten. Weiter solle man einen Generalunternehmer beauftragen.

Gemeindevertreter Jakob erwidert, dass sowohl CDU als auch viele weitere Gemeindevertreter die Vergabe an einen Generalunternehmer aus guten Gründen ablehnten. Entscheidend sei dabei nämlich, dass die Gemeinde als Bauherr es so nicht mehr in der Hand habe die verschiedenen Gewerke zu vergeben.

Bürgermeister Mock bestätigt, dass es natürlich besser gewesen wäre, man habe zu den Haushaltsberatungen eine Kostenberechnung und nicht nur eine Kostenschätzung vorliegend gehabt. Grundlage dessen sei aber eine konkrete und detaillierte Aufstellung zu der gewollten Baumaßnahme. Der Kürze der Zeit geschuldet, habe man dies nicht vorlegen können. Weiter erläutert er, dass besagte 1,5 Mio. € bereits Architektenleistung und Baukosten mit rund 1 Mio. € enthielten. Und nur auf diese letztgenannte Summe fuße die Berechnung des Architektenhonorars.

Gemeindevertreter Kunz erinnert daran, dass viel an der langen Planungszeit der damals unisono geteilten Ansicht geschuldet sei, dass eine Renovierung des bestehenden Baues die Gemeinde günstiger käme. Im Prozess habe sich dann gezeigt, dass ein Neubau im Vergleich nicht die zwingend teurere Variante sein müsse und dies habe dann völlig zu Recht zu einem Umdenken geführt. Teure Architekturexperimente seien nicht gewollt, gewollt sei ein funktionsfähiges und praktikables Gebäudekonzept.

Gemeindevertreter Ullrich macht auf das Instrument der Bauoberleitung aufmerksam. Diese könne entweder von einem zweiten Architekten oder dem Technischen Bauamt der Gemeinde wahrgenommen werden. Dies mache circa 3% der Gebühren aus und habe den Vorteil, dass diese Oberleitung die Kosten steuern könne.

Sowohl Haupt- und Finanzausschuss, Bau- und Umweltausschuss, als auch Sozial- und Kulturausschuss empfehlen der Gemeindevertretung den Beschluss.

Beschluss:

Die Gemeindevertretung beschließt, gemäß der Empfehlung des Gemeindevorstandes, bezüglich der weiteren Vorgehensweise bei der Kindertagesstätte Katzenfurt einen viergruppigen Neubau am gleichen Standort. Zur Finanzierung der Maßnahme wird vorgeschlagen, im Haushaltsjahr 2013 1,0 Mio. € zur Verfügung zu stellen, weitere 500.000,00 € werden als Verpflichtungsermächtigung zu Lasten des Haushaltsjahres 2014 veranschlagt.

Abstimmung: einstimmig

8. **Haushaltssatzung 2013:** **Beratung und Beschlussfassung über die Haushaltssatzung 2013 und ihre Anlagen**

Auf das Schreiben des Gemeindevorstandes vom 14.12.2012 sowie auf die Anträge der CDU-Fraktion vom 14.12.2012 wird verwiesen.

Bürgermeister Mock erläutert einleitend die durch den Gemeindevorstand gewünschten Änderungen für den Haushalt 2013. Im Folgenden nimmt er Bezug auf die eingestellten Mittel zum Neubau des Regenüberlaufbeckens Dreieiche. Er zitiert aus dem Bericht des planenden Ingenieurbüros, um die Notwendigkeit des Vorhabens zu verdeutlichen. Demnach würden hier die Regeln der Technik nicht eingehalten und die zulässigen Werte weit überschritten. Ergebnis all dessen sei es, dass eine permanente Gefahr der Gewässerverunreinigung durch zu häufiges Abschlagen von ungeklärtem Abwasser in den Mühlbach gegeben sei. Den Ansatz für die Gewerbesteuer des Jahres 2013 könne man um 300.000 € erhöhen. Das Ergebnis verbessere sich dadurch tatsächlich um 170.000 €. Zu dem vorliegenden Werk läge nach Beteiligung nun die einstimmige Zustimmung aller neun Ortsbeiräte vor. Daher wirbt er abschließend auch um Zustimmung der Gemeindevertretung.

Gemeindevertreter Koch macht deutlich, dass man mit 2013 vor einem sehr schwierigen Haushaltsjahr stünde. Bei Vorlage des ersten Entwurfes zum Haushalt sei man noch von einem Defizit im Ergebnishaushalt von ca. 1,4 Mio. € ausgegangen. Nach Initiierung eines Sparprogrammes durch den Bürgermeister seien im Folgenden Aufwendungen in Höhe von rund 500.000 € gestrichen worden. Ausweislich des Vorberichtes beinhalte das Zahlenwerk weitere zwingend notwendige Maßnahmen zur Konsolidierung der Finanzen. Durch das Erhöhen von Steuern und Gebühren in den Bereichen Gewerbesteuer, Grundsteuer,

Kindergartengebühr und Spielapparatesteuer sei eine weitere Ergebnisverbesserung von rund 320.000 € erreicht worden. Die Ablehnung der vorbeschriebenen Maßnahmen bedeute im Rückschluss das Akzeptieren einer entsprechend höheren Verschuldung mit all deren Folgen. Rechnerisch realistische Alternativen zur Ausgleicheung des Haushaltes, seien nur massive Einschnitte in die bestehende Infrastruktur, wie die Schließung des Hallenbades und fast aller Sportplätze. Die gemachten Vorschläge der CDU-Fraktion seien „gänzlich ungeeignet unseren Haushalt grundlegend zu sanieren“. Dort fänden sich nur minimale Einsparungen im Promillebereich, unseriöse Hochrechnungen von Erträgen sowie die Verschiebung von zwingend notwendigen Maßnahmen in Folgejahre. Die Ursache des Fehlbetrages 2013 sei der Einbruch der Gewerbesteuereinnahmen um noch immer weit über 1 Mio. €, deutlich niedrigere Schlüsselzuweisungen, eine höhere Belastung durch Umlagezahlungen sowie der Anstieg von Personal- und Sachkosten, gerade im Bereich U3-Kinderbetreuung. Zusammenfassend bedeuteten diese meist nicht von der Gemeinde beeinflussbaren Summen eine Verschlechterung des Ergebnisses um 3,7 Mio. €. Die mittelfristige Ergebnisplanung lasse für 2014 noch ein leichtes Minus, für 2015 und 2016 bereits wieder Überschüsse erwarten. Das aufgestellte Haushaltssicherungskonzept verhindere, wie bereits festgestellt werden konnte, ein dauerhaftes Abrutschen ins Minus. Im Investivbereich werde in 2013 nur das absolut notwendige umgesetzt und trotzdem erneut massiv gerade in den Bereich Kinderbetreuung investiert. Auch Koch betont die unumgängliche Notwendigkeit des Neubaus „Regenüberlauf Dreieiche“. Eine weitere Verschiebung sei nicht aufrichtig. Kerngebot bleibe die Lebensqualität für die Bürger Ehringshausens, was auch die Zuschüsse für Diakonie und Krankenhaus direkt begründe. Die Vorsorge für die Sicherheit der Einwohner bedinge eine Feuerwehr, die das notwendige Gerät besitze und ortsnahe Stützpunkte habe, die die gesetzlichen Rettungszeiten garantierten. Mit Zusammenlegung der Wehren Katzenfurt und Daubhausen in der neuen Wache West, sei dies sichergestellt und hierfür bereits Gelder in 2013 nötig. Abschließend drückt er seinen Dank für die geleistete Arbeit von Verwaltung und Kämmerei aus und bittet namens der SPD-Fraktion um Zustimmung.

Gemeindevertreter Jakob macht einleitend deutlich, dass die Grundvoraussetzung für jegliche kommunale Ausgabe die Erwirtschaftung dessen durch Arbeitsleistung und unternehmerischen Einsatz sei. Die Finanzlage 2013 sei nicht nur als angespannt, sondern als „ziemlich miserabel“ zu bewerten. Es bestünde ein Fehlbetrag von nun bis zu 750.000 €. Trotzdem stünde die Umsetzung von Großprojekten, wie die neuen KiTa's Ehringshausen und Katzenfurt, auf der Agenda. Allein für Katzenfurt betrügen die zusätzlichen Folgekosten 110.000 € pro Jahr. Die Unterstützung der CDU für die großen Investitionen sei unbenommen. Jedoch stelle sich die Frage, ob in anderen Bereichen die Ausgaben und Leistungen auf dem Niveau der Vorjahre haltbar seien. Und das Spargebot lasse dies nicht zu, sondern man sei dazu aufgefordert jede Ausgabe, insbesondere im Feld der freiwilligen Leistungen, kritisch zu überprüfen. Die vorgenannte erreichte Streichsumme von 500.000 € sei mehr als nur zu bezweifeln. In 2013 gebe man eine bedeutende Summe weniger aus, weil die LED-Beleuchtung natürlich nicht noch einmal gekauft werden müsse. Dies als Sparen zu verkaufen sei nicht unwidersprochen zu akzeptieren. In 2013 werde die Verschuldung der Gemeinde die 5 Mio.-Grenze reißen und rund 200.000 € für Zinsen und Tilgung ausgegeben. Vor vier Jahren sei der Stand noch bei knapp 1 Mio. € gewesen. Die Folgekosten der neuen Einrichtungen betrügen 250.000 bis 270.000 jährlich, wofür an anderer Stelle gespart werden müsse. Die Bevölkerung habe vor anderthalb Jahren bei der Abstimmung zur Schuldenbremse in der Verfassung mit Zweidrittelmehrheit folgendes zum Ausdruck gebracht: „Gebt nur so viel Geld aus, wie ihr auch einnehmt. Finanziert die öffentlichen Haushalte nicht fortwährend mit neuen Krediten“. Das Verschieben von Maßnahmen solle dort erfolgen, wo dies möglich

sei. Der Neubau Regenüberlauf Dreieiche sei zweifelsfrei notwendig, jedoch in 2014 bei besserer Haushaltslage sinnvoller. Da SPD und FWG diesem Kurs nicht folgten, werde die CDU zum ersten Mal seit gut 25 Jahren dem Gemeindehaushalt nicht zustimmen. Man könne es nicht mittragen, Steuern und Gebühren zu erhöhen und gleichzeitig Sparpotenziale liegen zu lassen. Es erscheine sehr befremdlich, dass das Themenfeld Energie nicht angesprochen werde. Das Haushaltswerk treffe keine Aussage zu den Kosten hierbei. Man habe Gemeindehäuser energetisch saniert und es im Folgenden jedoch „schlicht verpennt“ sich von den Mietern den möglichen Anteil an den Investitionskosten auch zurückzuholen. Daher habe hier faktisch keine Einsparung stattgefunden und es seien so rund 30.000 € verschenkt worden. Auch zum größten Einzelverbraucher Hallenbad läge kein Energiekonzept vor. Einziger echter Sparwille sei die CDU-initiierte Umstellung der Straßenbeleuchtung auf LED-Technologie. Beim Thema Ortskernentwicklung Ehringshausen sei Plan A gescheitert und Plan B verworfen worden. Plan C mit Abriss des „Bullenstalles“ und dem Anlegen eines Parkplatzes erscheine sinnlos. Bürgermeister Mock gestalte dieses Thema in keinster Weise und habe weder Strategie noch Lösungsansätze. Befremdlich wirke die Summe von 60.000 € für Planungs- und Beratungsleistungen von Ingenieurbüros in 2013. Wichtiger weiterer Punkt seien die Planungen zur Feuerwache West. Diese dürfe erst kommen, wenn eine Prüfung ergäbe, dass Umbau, Renovierung und Neubau an gleicher Stelle wirtschaftlich keinen Sinn machten. Nötig sei auch dafür vor der Planungsphase die Erhebung von Fakten und Zahlen, um zu einer aussagekräftigen Entscheidungsgrundlage zu kommen. Ebenso wichtig sei hier eine Klärung der Nachfolgenutzung der alten Gebäude in Daubhausen und Katzenfurt. Die Gemeindevertretung habe beschlossen die Einnahmen aus der Aufstellung von Blitzgeräten zur Verbesserung der Verkehrssicherheit zu nutzen, jedoch habe man das Geld bislang nur für Kleinigkeiten verwandt. Sogar einstimmig befürwortete Maßnahmen seien bis dato nicht zur Umsetzung gelangt. Ein weiterer undiskutierter Haushaltsposten sei der der Personalentwicklung. Man habe einen Stellenplan und eine ungefähre Kenntnis von Aufgaben und -verteilung, allerdings keine detaillierte Stellenbeschreibung. Dieser in 2013 vier Millionen Euro schwere Posten gehöre in den Fokus. Dies bedeute nicht Entlassung oder Stellenstreichung, sondern gebiete die Frage, ob Nachbesetzungen immer nötig bzw. Umverteilungen möglich seien. Weitere Stichpunkte seien hier verbesserte Organisationsmaßnahmen, interkommunale Zusammenarbeit, Fremdvergabe und Outsourcing. Als Anregung gibt Jakob im Folgenden einige Beispiele. Das Thema Veranstaltungskalender könne direkt den Ortsbeiräten überantwortet werden. Zur Ausrichtung des Gemeindefestes könne ein Organisationsteam unter Beteiligung der Ortsvorsteher gebildet werden, die in einem gesetzten Kostenrahmen handeln könnten. Im Zusammenhang erinnert Jakob an die Kostenaufstellung zum „Tag der Regionen“, die trotz Antrag nicht zur Kenntnis gebracht worden sei und bittet um Vorlage. Das Immobilienmanagement und die Vermarktung bedürften dringend einer Verbesserung. Der Ansatz für Seniorenarbeit reiche nach Einrichtung des Büros in der Bahnhofstraße mit Sicherheit nicht aus. Der vorliegende Haushalt 2013 führe die Gemeinde unter Umständen in „stürmische Gewässer“.

Gemeindevertreter Kunz macht einleitend deutlich, dass man in Ehringshausen in der Vergangenheit, gerade in der Haushaltsdebatte, gut damit gefahren sei fraktionsübergreifend an einem Strang zu ziehen. Man müsse berücksichtigen, dass beinahe keine Kommune für 2013 einen ausgeglichenen Haushalt vorlegen könne. Er erteilt Stimmen aus der Bevölkerung eine klare Absage, die äußerten, dass unter Bürgermeister Niebch stets Geld vorhanden gewesen sei und nun unter Bürgermeister Mock keines da sei. Dem müsse deutlich entgegnet werden, dass dies der Finanzkrise und der Wirtschaftslage geschuldet sei. Für die Haushaltskalkulation sei es wesentlich günstiger gleichbleibende Einnahmen zu haben. Die heutige Finanzierungspraxis strafe die Kommunen bei einem schlechten

Jahr, das auf ein gutes Folge gleich doppelt, da Schlüsselzuweisungen gesenkt und Umlagen erhöht würden und parallel weniger Einnahmen zu verbuchen seien. Die Großprojekte auf der Agenda, Anbau Turnhalle, U3-KiTa Ehringshausen und Neubau KiTa Katzenfurt seien alle einstimmig auf den Weg gebracht worden. Allen sei dabei bewusst gewesen, dass dies durch Abschreibungen und Zinsen die Folgejahre belaste und dass die Realisierung in der vorliegenden Lage nur über Schuldenaufnahme machbar sei. Die Erhöhung der Gebühren falle sicher nicht leicht, doch wenn dies notwendig sei, so müsse dieser Weg gegangen und auch vertreten werden. Das stattgefundene interfraktionelle Gespräch habe seiner Einschätzung nach nicht die Ablehnung der CDU-Fraktion zu den geplanten Maßnahmen offenbart. Vielmehr habe man sich nach verschiedenen Modellrechnungen auf ein moderates Mittelmaß geeinigt. Deutlich macht Kunz, dass es einen klaren Unterschied zwischen Einsparen und Verschieben gebe. Verschieben spare nur minimal Kosten und mache nur Sinn, wenn im Folgejahr nicht neue weitere Projekte finanziert werden müssten. Doch die Gemeinde Ehringshausen habe in 2014 solche bereits auf der Agenda. Vor dem angedachten Feuerwehrneubau sei die Erhebung von stichhaltigen Zahlen unfraglich unumgänglich, jedoch erzeuge auch dies natürlich Planungskosten. Eine Fusion der Wehren Daubhausen und Katzenfurt sei sehr zu begrüßen, gerade da die Initiative heute von dort selbst ausgegangen sei. An die CDU-Fraktion gerichtet, stellt er klar, dass seiner Ansicht nach gemachte Vorwürfe und Teilwahrheiten ein falsches Bild erzeugten. Aufsummierte Einsparungsvorschläge von 38.750 € seien unter dem Eindruck von rund 15 Mio. € Ausgaben nicht substanziell. Abschließend dankt er ausdrücklich für den Ablauf der Haushaltsaufstellung mit der frühen und offenen Handlungsweise von Bürgermeister Mock und lobt ausdrücklich die geleistete Arbeit von Kämmerei und Verwaltung.

Bürgermeister Mock bestätigt, dass ein Schuldenstand bei den langfristigen Verbindlichkeiten von 5 Mio. € als Planzahl korrekt sei. Jedoch tatsächlich aufgenommen seien nur 2 Mio. € und 1 Mio. € davon stünde so bereits seit vier Jahren im Schuldenbuch. Weiter habe man den Kassenkredit massiv heruntergefahren und dies seien, entgegen der oft vorliegenden Wahrnehmung, auch tatsächliche Schulden. Die Personalkosten müsse man unbedingt im Verhältnis zum Haushaltsgesamtvolumen und zu anderen Kommunen bewerten. Klarzustellen sei, dass gemäß Landesrechnungshof hier im Bereich Kernverwaltung keinerlei Einsparpotenzial vorhanden sei. Weiter habe man in der Vergangenheit bereits oft Stellen nicht nachbesetzt und habe damit nun die Grenze des Möglichen erreicht.

Gemeindevertreter Henrich macht darauf aufmerksam, dass es der Gemeinde Ehringshausen sehr viele Handlungsspielräume eröffnen würde, wenn man nicht der „Willkür von oben“ ausgeliefert sei. Land und Bund würden bestellen und unten müsse dies finanziell geschultert werden. Als Beispiel nennt er hier die in 2013 um 48% auf 178.500 € angestiegene „Kompensationsabgabe Grunderwerbssteuer“. Von den von der CDU gemachten Sparvorschlägen sei eine Summe von 559.000 € schlicht als „Verschiebebahnhof“ und nicht als echte Ersparnis zu werten. Abschließend richtet er den Appell an die parlamentarische Opposition konstruktiv mit dem Bürgermeister zusammenzuarbeiten. Dies sei nicht nur möglich, sondern auch erwünscht.

Gemeindevertreter Rainer Bell gibt an, dass es auch ihn „zornig“ mache, was man den Kommunen zur Erledigung von oben aufbürde. Aber vor dieser Tatsache könne man die Augen nicht verschließen oder dem entrinnen. Es sei weiter korrekt, dass die Fraktionspositionen bei den großen investiven Maßnahmen nicht weit auseinander seien. Dem Bau KiTa Katzenfurt habe man mit Wissen der möglichen Kosten und der Folgekosten ganz bewusst zugestimmt. Der Dissens bestünde darin, dass man die Linie einer Erhöhung der Einnahmeseite auf Dauer für nicht tragfähig

erachte. Und welche auf der anderen Seite mögliche Sparmaßnahme die richtige sei, stelle auch nicht den entscheidenden Punkt dar. Zitiert nach Gemeindevertreter Claassen müsse man die Ausgaben wie folgt kategorisieren. Erstens was jetzt notwendig sei, zweitens was notwendig sei, aber nicht jetzt und was man als wünschenswert einstufen müsse. Die gemachten Anträge der CDU würden sich nur in den beiden letztgenannten Kategorien bewegen. Es komme der CDU-Fraktion nicht auf eine Abrechnung an, sondern auf einen abweichenden Ansatz zum Sparen. Der Fokus gehöre auf die Ausgabenseite und dies sei beim vorliegenden Haushalt nicht ausreichend der Fall.

Gemeindevertreter Kunz sagt aus, dass die geäußerte FWG-Position der Kategorisierung natürlich auch nach wie vor Handlungsmaßstab sei. Dies bedinge aber stets eine gewissenhafte Abwägung, die auch so stattgefunden habe. Eine willkürliche und unnötige Belastung der Bürger wolle niemand und verfolge auch niemand. Er verwahrt sich energisch gegen eine Abstempelung als Schuldenmacher.

Gemeindevertreter Rainer Bell erwidert direkt, dass mit keinem Wort ein solcher Vorwurf erhoben worden sei. Man habe lediglich auf ungenutzte Sparpotenziale hingewiesen.

Der Vorsitzende stellt fest, dass ihm keine weiteren Wortmeldungen vorliegen und teilt weiter mit, dass die 17 eingegangenen Änderungsanträge der CDU-Fraktion zum Haushalt zunächst der Reihe nach abzustimmen seien.

1. Erhöhung Kindergartengebühren nicht wie geplant auf ganztags 110,00 € und halbtags 80,00 €, sondern ab August 2013 auf 96,00 € ganztags und 72,00 € halbtags.

Sowohl Sozial- und Kulturausschuss, als auch Haupt- und Finanzausschuss sprechen sich mehrheitlich gegen den Beschluss aus.

Beschluss:

Die Gemeindevertretung beschließt, die Kindergartengebühren ab August 2013 auf ganztags 96,00 € und halbtags 72,00 € festzusetzen und die entsprechenden Ansätze im Haushaltsplan entsprechend neu festzusetzen.

Abstimmung: 10 Ja-Stimmen, 17 Nein-Stimmen

2. Einzahlungen Grundstücksverkauf Schlüsselacker um 150.000,00 € auf 250.000,00 € erhöhen und somit 5 Bauplatzverkäufe in 2013 zu kalkulieren.

Sowohl Bau- und Umweltausschuss, als auch Haupt- und Finanzausschuss sprechen sich mehrheitlich gegen den Beschluss aus.

Beschluss:

Die Gemeindevertretung beschließt, die Einzahlungen bei den Grundstücksverkäufen um 150.000,00 € auf 250.000,00 € zu erhöhen.

Abstimmung: 10 Ja-Stimmen, 17 Nein-Stimmen

3. Erhöhung Eigenanteil Seniorenfahrt von 15,00 € auf 25,00 €.

Dieser Antrag sei von der antragstellenden Fraktion im Zuge der Beratungen der Fachausschüsse zurückgezogen worden und komme daher nicht zur Abstimmung, berichtet der Vorsitzende.

4. Halbierung der Verfügungsmittel der Ortsbeiräte auf jeweils 250,00 €.

Der Haupt- und Finanzausschuss spreche sich mehrheitlich gegen den Beschluss aus.

Beschluss:

Die Gemeindevertretung beschließt, die Verfügungsmittel der Ortsbeiräte von 500,00 € auf 250,00 € für jeden Ortsbeirat zu reduzieren.

Abstimmung: 10 Ja-Stimmen, 17 Nein-Stimmen

5. Reduzierung Zuschüsse für Diakonie-Station Ehringshausen und Krankenhausförderverein Ehringshausen von jeweils 3.000,00 € auf jeweils 1.000,00 €.

Sowohl Sozial- und Kulturausschuss, als auch Haupt- und Finanzausschuss sprechen sich mehrheitlich gegen den Beschluss aus.

Beschluss:

Die Gemeindevertretung beschließt, die Zuschüsse an die Diakonie-Station Ehringshausen und den Krankenhausförderverein Ehringshausen von jeweils 3.000,00 € auf jeweils 1.000,00 € zu reduzieren.

Abstimmung: 11 Ja-Stimmen, 16 Nein-Stimmen

6. Kürzung der Vereinsförderung für Instandsetzungen / Investitionen um 10.000,00 €.

Sowohl Sozial- und Kulturausschuss, als auch Haupt- und Finanzausschuss sprechen sich mehrheitlich gegen den Beschluss aus.

Beschluss:

Die Gemeindevertretung beschließt, die Zuschüsse für Instandsetzungen / Investitionen im Rahmen der Vereinsförderung um 10.000,00 € zu reduzieren.

Abstimmung: 10 Ja-Stimmen, 17 Nein-Stimmen

7. Verzicht auf den Abriss der Kegelbahn am Bürgerhof in Katzenfurt.

Sowohl Bau- und Umweltausschuss, als auch Haupt- und Finanzausschuss sprechen sich mehrheitlich gegen den Beschluss aus.

Beschluss:

Die Gemeindevertretung beschließt, den Abriss der Kegelbahn am Bürgerhof Katzenfurt zu verschieben.

Abstimmung: 11 Ja-Stimmen, 16 Nein-Stimmen

8. Verzicht auf die Fertiggarage Feuerwehr Dreisbach.

Sowohl Bau- und Umweltausschuss, als auch Haupt- und Finanzausschuss sprechen sich mehrheitlich gegen den Beschluss aus.

Beschluss:

Die Gemeindevertretung beschließt, den Bau einer Fertiggarage für die Feuerwehr Dreisbach zu verschieben.

Abstimmung: 10 Ja-Stimmen, 17 Nein-Stimmen

9. Verzicht auf die Fahrzeughalle Feuerwehr Niederlemp.

Sowohl Bau- und Umweltausschuss, als auch Haupt- und Finanzausschuss sprechen sich mehrheitlich gegen den Beschluss aus.

Beschluss:

Die Gemeindevertretung beschließt, den Bau einer Fahrzeughalle für die Feuerwehr Niederlemp zu verschieben.

Abstimmung: 10 Ja-Stimmen, 17 Nein-Stimmen

10. Reduzierung des Ansatzes „Anschaffung neuer Spielgeräte für Spielplätze“ von 10.000,00 € auf 5.000,00 €.

Sowohl Sozial- und Kulturausschuss, Bau- und Umweltausschuss als auch Haupt- und Finanzausschuss sprechen sich mehrheitlich gegen den Beschluss aus.

Beschluss:

Die Gemeindevertretung beschließt, den Ansatz für die Neuanschaffung von Spielgeräten auf Spielplätzen von 10.000,00 € auf 5.000,00 € zu reduzieren.

Abstimmung: 11 Ja-Stimmen, 16 Nein-Stimmen

11. Vergabe des Jugendförderpreises nur noch alle 2 Jahre.

Sowohl Sozial- und Kulturausschuss, als auch Haupt- und Finanzausschuss empfehlen der Gemeindevertretung den Beschluss.

Beschluss:

Die Gemeindevertretung beschließt, die Vergabe des Jugendförderpreises künftig alle 2 Jahre durchzuführen.

Abstimmung: einstimmig

12. Reduzierung des Ansatzes Blumenschmuckwettbewerb auf 1.500,00 €.

Der Sozial- und Kulturausschuss empfiehlt der Gemeindevertretung den Beschluss, der Haupt- und Finanzausschuss spricht sich gegen den Beschluss aus.

Beschluss:

Die Gemeindevertretung beschließt, den Ansatz für die Durchführung des Blumenschmuckwettbewerbes auf 1.500,00 € zu reduzieren.

Abstimmung: 16 Ja-Stimmen, 6 Nein-Stimmen, 5 Enthaltungen

13. Streichung des Ansatzes für den Umwelt- und Energieförderpreis.

Sowohl Bau- und Umweltausschuss, als auch Haupt- und Finanzausschuss empfehlen der Gemeindevertretung den Beschluss.

Beschluss:

Die Gemeindevertretung beschließt, den Ansatz für die Auslobung eines Umwelt- und Energieförderpreises zu streichen.

Abstimmung: 24 Ja-Stimmen, 1 Nein-Stimme

14. Verzicht auf die Planungskosten Bettenweg Katzenfurt.

Sowohl Bau- und Umweltausschuss, als auch Haupt- und Finanzausschuss sprechen sich mehrheitlich gegen den Beschluss aus.

Beschluss:

Die Gemeindevertretung beschließt, auf die Planungskosten für den Neubau einer Feuerwache im OT Katzenfurt zu verzichten.

Abstimmung: 10 Ja-Stimmen, 17 Nein-Stimmen

15. Erhöhung des Ertrages durch Eintrittsgelder im Haverhill-Bad um 12.000 €.

Sowohl Sozial- und Kulturausschuss, als auch Haupt- und Finanzausschuss empfehlen der Gemeindevertretung den Beschluss.

Beschluss:

Die Gemeindevertretung beschließt, den Ansatz „Eintrittsgelder Haverhill-Bad“ um 10.000,00 € auf 100.000,00 € zu erhöhen.

Abstimmung: einstimmig

16. Verschiebung der Maßnahme „Grundhafte Sanierung RÜ14 Dreieiche“ nach 2014.

Sowohl Bau- und Umweltausschuss, als auch Haupt- und Finanzausschuss sprechen sich mehrheitlich gegen den Beschluss aus.

Beschluss:

Die Gemeindevertretung beschließt, die Maßnahme „Grundhafte Sanierung RÜ14 Dreieiche“ auf das Jahr 2014 zu verschieben.

Abstimmung: 11 Ja-Stimmen, 16 Nein-Stimmen

17. Abschaffung der Festnetztelefone in den Dorfgemeinschaftshäusern Kölschhausen, Niederlemp, Breitenbach, Dreisbach, Daubhausen, Greifenthal und im Backhaus Dillheim.

Der Haupt- und Finanzausschuss empfiehlt der Gemeindevertretung den Beschluss.

Beschluss:

Die Gemeindevertretung beschließt, in den Dorfgemeinschaftshäusern Kölschhausen, Niederlemp, Breitenbach, Dreisbach, Daubhausen, Greifenthal und im Backhaus Dillheim das Festnetztelefon abzuschaffen. Voraussetzung ist allerdings, dass ein Mobilfunknetz vorhanden ist.

Abstimmung: 26 Ja-Stimmen, 1 Enthaltung

Der Vorsitzende teilt mit, dass im Folgenden die Änderungen bzw. die Ergänzungen des Gemeindevorstands zum Haushalt 2013 abzustimmen seien.

a) Situation Kindergarten Katzenfurt; weitere Vorgehensweise.

Der Vorsitzende macht darauf aufmerksam, dass unter TOP 7 hierzu bereits ein Beschluss gefasst worden sei, jedoch der Vollständigkeit halber erneut im Zusammenhang die Zustimmung abzubilden sei.

Beschluss:

Die Gemeindevertretung beschließt, einen viergruppigen Neubau am gleichen Standort zu errichten. Zur Finanzierung der Maßnahme wird vorgeschlagen, im Haushaltsjahr 2013 1,0 Mio. € zur Verfügung zu stellen, weitere 500.000,00 € werden als Verpflichtungsermächtigung zu Lasten des Haushaltsjahres 2014 veranschlagt.

Abstimmung: 17 Ja-Stimmen, 10 Enthaltungen

b) Beteiligung Lahn-Dill-Breitband GmbH.

Der Haupt- und Finanzausschuss empfiehlt der Gemeindevertretung den Beschluss.

Beschluss:

Die Gemeindevertretung beschließt, im Finanzhaushalt im Bereich „Wirtschaftsförderung“ 93.550,00 € als Stammeinlage für eine Beteiligung an der Lahn-Dill-Breitband GmbH bereitzustellen.

Abstimmung: einstimmig

c) Ausbildungsplatz Abwasserbeseitigung.

Der Haupt- und Finanzausschuss empfiehlt der Gemeindevertretung den Beschluss.

Beschluss:

Die Gemeindevertretung beschließt, im Stellenplan einen Ausbildungsplatz im Bereich der Abwasserbeseitigung bereitzustellen.

Abstimmung: 24 Ja-Stimmen, 1 Nein-Stimmen, 2 Enthaltungen

d) Veränderung des Ergebnishaushaltes durch eine erhöhte Gewerbesteuererwartung im Umfang von 300.000 €.

Der Vorsitzende erläutert, dass sich die entsprechende Ertragsposition um 300.000 € ändere und die Last aus der Gewerbesteuerumlage im Gegenzug um 80.000 € anwachse. Daraus resultiere ebenso eine geringere Entnahme aus der Rückstellung zu Kreis- und Schulumlage um 50.000 €. Das ordentliche Ergebnis verändere sich im Saldo positiv um 170.000 €.

Beschluss:

Die Gemeindevertretung beschließt, die sich aus der erhöhten Gewerbesteuererwartung ergebenden und zuvor dargestellten Änderungen an den entsprechenden Haushaltspositionen vorzunehmen.

Abstimmung: einstimmig

Im Anschluss lässt der Vorsitzende über das Investitionsprogramm abstimmen.

A) Beratung und Beschlussfassung über das Investitionsprogramm

Sowohl Haupt- und Finanzausschuss, Bau- und Umweltausschuss als auch Sozial- und Kulturausschuss empfehlen der Gemeindevertretung den Beschluss.

Beschluss:

Die Gemeindevertretung beschließt, dem vorgelegten Investitionsprogramm zuzustimmen.

Abstimmung: 17 Ja-Stimmen, 10 Nein-Stimmen

Anschließend lässt der Vorsitzende über das Haushaltskonsolidierungskonzept abstimmen.

B) Beratung und Beschlussfassung über das Haushaltssicherungskonzept

Sowohl Haupt- und Finanzausschuss, Bau- und Umweltausschuss als auch Sozial- und Kulturausschuss empfehlen der Gemeindevertretung den Beschluss.

Beschluss:

Die Gemeindevertretung beschließt, dem vorgelegten Haushaltssicherungskonzept zuzustimmen.

Abstimmung: 17 Ja-Stimmen, 10 Nein-Stimmen

Zum Schluss lässt der Vorsitzende über die komplette Haushaltssatzung und den Haushaltsplan mit seinen Anlagen abstimmen.

C) Beratung und Beschlussfassung über die Haushaltssatzung und ihre Anlagen

Beschluss:

Die Gemeindevertretung beschließt, der vorgelegten Haushaltssatzung unter Berücksichtigung der zuvor beschlossenen Änderungen zuzustimmen.

Abstimmung: 17 Ja-Stimmen, 10 Nein-Stimmen

Der Vorsitzende wünscht den Anwesenden frohe und gesegnete Weihnachtstage sowie einen guten Rutsch ins neue Jahr. Weiter bedankt er sich für das überwiegend sehr faire Diskussionsklima in der Gemeindevertretung. Im Vergleich zu anderen Kommunen, wie zu Bund und Ländern befände sich Ehringshausen noch in finanziell guter Lage.

Dr. Rauber
Vorsitzender

R u m p f
Schriftführer